



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Soziales und Bildung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Dienstag, 07.01.2025
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:03 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Ausschussvorsitz

Marko Njammasch

Ordentliches Mitglied - Ausschuss

Beata Czech

Eleonore Heinrich

Marco Kerbs

Ilona Schmitt

Stefan Christ

entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Robin Lewinsohn

nicht anwesend

Rolf von Lützwow

Estella Sloty

Heike Stenke

Amtsleiter(in) Kämmerei

Jan Krolik

Pressesprecher

Sabine Leifeld

Protokollant(in)

Carolin Peidelstein

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 08.10.2024
- 6 Bericht aus der Verwaltung
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 9 Beratung von Beschlussvorlagen
- 9.1 Zustimmung des Wirtschaftsplanes des KMS für das Jahr 135/24 2025
- 10 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

-
- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Njammasch um 19:00 Uhr eröffnet.
-
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder**
Es nehmen keine Ausschussmitglieder digital an der Sitzung teil.
-
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Herr Njammasch stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern 5 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig. Es sind 3 von 4 sachkundigen Einwohnern anwesend. Frau Şahin-Connolly hat sich für den Ausschuss heute entschuldigt. Herr Krolik, der Kämmerer der Stadt, die Verbandsvorsteherin Frau Nicolaus und der Finanzer Herr Krieg vom KMS sind ebenfalls anwesend.
-
- 4 Feststellung der Tagesordnung**
Es liegen keine Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.
-
- 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 08.10.2024**
Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.
-
- 6 Bericht aus der Verwaltung**
Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Herrn Krolik kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:
- I. Kämmerei
1. Vergleich Finanzrechnung Ansatz/ IST per 12/2024
 2. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
 3. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
 4. Liquiditätsentwicklung 2023 - 12.2024
-
- 7 Einwohnerfragestunde**
Bürger:
Wann werden die Straßenlaternen an der Alten B96 instand gesetzt? Es leuchtet nur noch eine Lampe. Als er es Anfang Oktober meldete, waren es noch 3.
-
- 8 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**
Frau Heinrich:
Es gab Diskussionen unter der Bevölkerung zu dem SEK-Einsatz am 25.11.2024. Man sollte die Ängste in der Schule ernst nehmen. Wie gehen die Eltern und Lehrer damit um? Wir sollten diese als Verwaltung unterstützen. Wie weit ist der Präventionsrat?

Dieser sollte vor einem halben Jahr gegründet werden. Sie erwartet eine zeitnahe Beantwortung der Frage. Wie geht die Stadt damit um?

Herr Njammasch:

Ihm ist nichts weiteres bekannt. Die Gewalt an unseren Schulen hat zugenommen. Der fehlende Anstand und Respekt verschärft sich seiner Meinung nach immer weiter. Auch er merkt, dass es Probleme gibt, sich mit Worten auseinanderzusetzen und keine Gewalt zu nutzen. Die Lehrer an den Schulen sind hilflos und bekommen keinen Respekt. Die Eltern sollten mit den Kindern in den Dialog gehen. Respekt und Anstand sollte man nie vergessen und verlernen.

Die Jugendlichen sollten wir einbinden und abholen und klären, welche Probleme sie haben.

Frau Czech:

Der Präventionsrat liegt in den Händen von Herrn Kaehlert. Er arbeitet daran.

Wir werden immer häufiger von den Eltern angesprochen, da diese ihre Kinder an die Schulen schicken müssen, wo Gewalt herrscht. Wir haben Probleme an unseren Schulen.

Sie habe mit Bahnreisenden gesprochen, die aus Berlin nach Wünsdorf fahren. Die Güterzüge rasen durch Wünsdorf und werden nicht angesagt. Es ist gefährlich. Könnte man mit der Bahn sprechen und Durchsagen machen lassen? Die Bahnschranken schließen auch nicht mehr, obwohl dort Züge fahren. Auf den Anzeigetafeln in Zossen gibt es Falschmeldungen. Es wird angezeigt, dass der Zug 60 Minuten Verspätung hat und dann doch pünktlich kommt. Dies ist auch in der DB App so.

Kann sich die Stadt darum kümmern, dass die Partnerschaft mit der polnischen Stadt weiter in Gange kommt?

Herr von Freiherr von Lützwow:

Er habe bezüglich der Schulwegsicherung schon mit dem Landesbetrieb Straßenwesen und der Ordnungsamtsleitung gesprochen. An der B96 in Wünsdorf bis zur Grundschule sind 25-30 Straßenlampen defekt und dies bereits seit 3 Monaten. Auch an Bushaltestellen und der Fahrbahnabsenkung an der Einfahrt der Feuerwehr.

Herr Kerbs:

Wir haben ein generelles Problem mit Licht in der Stadt. Es müssen Taten folgen. Woran liegt es? Fehlen uns die Handwerker? Die Verkehrssicherheit muss sichergestellt werden.

Herr Njammasch:

Es gibt eine Wartungsfirma, diese sammelt so etwas und arbeitet es ab. Wie der genaue Stand ist, sollten wir klären.

9 Beratung von Beschlussvorlagen

9.1 Zustimmung des Wirtschaftsplanes des KMS für das Jahr 2025 135/24

Frau Nicolaus:

Die Präsentation zum Wirtschaftsplan KMS 2025 wurde als Handout verteilt. Zusätzlich wurde ein Text, wie es zur Umlage nach 25 Jahre kam, durch den KMS ausgeteilt.

Es gibt finanzielle Konsequenzen für den Verband, die wir nicht mehr decken können und dadurch in ein Minus von 8,3 Mio. Euro rutschen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat festgelegt, dass es Einheitsgebühren gibt.

In 2023 mussten wir alles für 2024 ändern. In 2024 wurde sich gegen die Rechtsprechung entschieden und nun gibt es wieder gespaltene Gebühren.

Hier sind wir ins Schlingern gekommen und haben einen Fehlbedarf von 8,3 Mio.

Euro. An Zossen als größten Abnehmer würden 3,8 Mio. Euro hängen bleiben. Wir bedienen insgesamt 5 Gemeinden und müssen aufgrund des Fehlbetrages an die Gemeinden gehen. Die anderen Gemeinden haben dies jeweils in Ihre Finanzplanung aufgenommen.

Herr Krieg stellt die Präsentation mit folgenden Themen vor:

Wirtschaftsplan KMS 2025

- Festsetzung
- Verbandumlage

Frau Nicolaus:

In dem Schreiben stehen die Gerichtsverfahren mit den nicht kostendeckenden Gebühren. Wir erheben im Februar 2025 die Gebühr von 2024. Durch die Rechtsprechungen nehmen wir keine 13 Mio. Euro, sondern 4 Mio. Euro weniger ein. Für 2023 hatten wir 1 Million Euro Verlust. Das konnten wir mit dem Cash ausgleichen und mussten dadurch keine Umlage machen.

Vom Oberlandesgericht wurde nach über 10 Jahren Bearbeitungszeit die Investitionen des Verbandes von 1992 -1997 geprüft. Da war keiner von uns beteiligt. Hier wurden uns vom OVG 14,9 Mio. Euro und 19 Mio. Euro aberkannt. Die Summen dürfen nicht als beitragsfähig genutzt werden. Für diese Summen können wir nichts abschreiben und über die Gebühren abholen. Die Anlagen wurden gebaut und sind da. Es konnte keine Ausschreibung mehr nachgewiesen werden. Nachweise, wie die Ausschreibungen gelaufen sind, fehlten auch. Das hat das Gericht dann gestrichen. Deswegen können wir keine Abschreibungszinsen über die Gebühren erwirtschaften. 2024 gab es wieder die Entscheidung, dass Einheitsgebühren zu erheben sind. Wir mussten so tun, als ob wir 17,3 Mio. Euro eingenommen haben, obwohl wir das nicht haben. Das OVG hat das Gegenteilige in einer anderen Stadt entschieden. Wir müssen dies leider ausbaden.

Herr Krolik:

Es stehen im Raum 3,8 Mio. Euro. Diese werden mit dem Bescheid fällig werden. Wir müssen dies als Aufwendungen in die Bücher aufnehmen und dann eine Stundung beantragen. Es wird aufwandswirksam, aber die Liquiditätswirksamkeit könnten wir schieben. Wir könnten einen Teil davon zahlen. Den Haushalt an sich können wir so lassen. Wir müssen nur einen Nachtrag machen und dies mit aufnehmen. Wir sind partiell in der vorläufigen Haushaltsführung und rechnen mit der Genehmigung des Haushaltes durch den Landkreis. Wir könnten die Kredite nicht refinanzieren. Wir hoffen, dass wir Mitte Februar nicht die Kredite aber den Haushalt genehmigt bekommen. Er klärt das mit der Kommunalsaufsicht, dass der Haushalt gegen Auflagen genehmigt wird.

Frau Czech:

Der KMS plante 2025 eine Investition in Lindenbrück. Es ging um die Anschließung an das zentrale Abwassernetz. Was passiert, wenn wir dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen?

Frau Nicolaus:

Die Maßnahme Lindenbrück stammt noch aus dem Wirtschaftsplan 2024 und ist kreditfinanziert und genehmigt. Die Ausschreibung ist schon erfolgt. Am 6.12 ist die Vergabe erfolgt.

Herr Kerbs:

Es ist ja nur die Spitze vom Eisberg. Dies geht schon Jahrzehnte lang. Es wurde von Ihren Vorgängern eine Misswirtschaft gemacht. Auch bei ihm sind die Gebühren sehr stark gestiegen. Er weiß nicht, wie manche das bezahlen sollen. Dem Wirtschaftsplan wird er nicht zustimmen.

Frau Nicolaus:

Es ist damals schief gegangen, weil keine kostendeckenden Gebühren erhoben wurden. Die Kosten wurden nicht refinanziert. Es gab ein Sanierungskonzept, das aufgestellt wurde von 2000-2012. Seit 1997 wurden keine Umlagen erhoben. Man kann schlecht von Misswirtschaft sprechen. Wir haben Fördermittel bekommen. Bis 2010 wurde das Sanierungskonzept umgesetzt. Dann gab es eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes, was 2010-2015 erfolgt ist. Alle Instanzen des Landes Brandenburg sagten, dass für Altanlieger Gebühren erhoben werden müssen. Am 17.12.2015 hieß es, dass das Bundesverfassungsgericht feststellte, dass dies für Altanlieger nicht greift. Danach wurden 5 Jahre diese Gelder zurückgezahlt. Es liegt nicht am KMS. Dann kam Corona und der Ukrainekrieg und dann kamen die Steigerungen der Dieselpreise. Bei der dezentralen Entsorgung gingen die Preise so hoch. Wir müssen kostendeckende Beiträge erheben für die zentrale und dezentrale Entsorgung. 80 % der Kosten sind das Fahren. In 2022 gab es sehr hohe Dieselpreise. Da kann auch der KMS nichts für. Wir schreiben nun wieder europaweit aus. Die Firma hat gekündigt.

Herr Kerbs:

Das 3,5-Fache des Beitrages soll Diesel sein? Der Unterschied zwischen dezentraler und zentraler Entsorgung kann doch nicht so hoch sein. Es ist nicht nachvollziehbar.

Frau Nicolaus:

Es ist das Ausschreibungsergebnis. Der Diesel, die Strompreise und der Tarif für den öffentlichen Dienst sind gestiegen. Dies führte 2023 zu den erhöhten Preisen.

Herr Krolik:

Es versteht dies. Das sollte man versuchen zu trennen. Der KMS ist kein gewinnorientierter Verein. Er muss eine Null erwirtschaften. Das sollten wir aus dem Wirtschaftsplan rausnehmen.

Man hätte auch die Gebühren erhöhen können, aber das darf der KMS nicht. Auch unsere Baukosten steigen. Es ist eine Explosion der Kosten. Die Firmen, die sich bewerben, wollen auch verdienen.

Frau Nicolaus:

Wir gehen davon aus, dass es eine einmalige Sache ist und für 2025 und 2026 keine Umlage erhoben werden muss. Es ist auch ihre erste Umlage, die sie erheben muss. Wir haben mit dem Kommunen zusammen gesessen. Wir sind ein Teil der 5 Gemeinden. Wären wir nur für sie zuständig, würden wir im Haushalt untergehen. Die Kommunalaufsicht meinte, dass die Mitgliedsgemeinden verantwortlich für den Verband sind. Die Kommunalaufsicht würde dem Wirtschaftsplan zustimmen, wenn es die Gemeinden nicht machen. Sie würde es freuen, wenn die Bürger zu uns kommen würden und sich beraten lassen.

Herr Freiherr von Lützwow:

Für die SVV ist es wichtig, dass aufgeschlüsselt wird, wie es gemanagt und ausgeglichen werden soll. Der Haushalt ist wichtig. Auch in Wünsdorf stehen Bauinvestitionen an. Wären die Baugebiete abgedeckt?

Er habe noch nichts zu den Gerichtskosten gelesen? Was kommen da für Kosten? Warum ist jede Satzung nicht rechtskonform?

Frau Nicolaus:

Die Satzungen sind rechtskonform. Aber eine Kalkulation kann jeder Zeit angegriffen werden. Seit 2023 gibt es eine deutliche Zunahme an Gerichtsprozessen. Es sind immer die gleichen Kläger. Von 1992 -1997 können einigen Leute nicht abschließen. Das Problem haben alle Verbände. Wo kein Kläger, da kein Richter. Auch die Kitasatzungen oder ähnliches werden angegriffen. Dem müssen wir uns stellen. Wir können nur hoffen, dass dies irgendwann gut ist. Wir dürfen keine Rückstellungen

machen, da man ja davon ausgehen könnte, dass etwas verkehrt ist. Jetzt geht es um Dinge von 2017. Die Verfahren dauern zu lange. Dadurch erschlägt uns immer wieder unsere Vergangenheit.

Es gibt keine Fördermittel. Dies gibt es nur für den Wasserwerksausbau oder neue Abwasserwerke.

Die Kläranlage reicht nicht mehr für das, was sie Vorhaben zu bauen. 1700 Wohneinheiten sind im Bau. Wir wissen, dass Rangsdorf auch 1000 WE plant. Wir sind in der Planung für eine neue Kläranlage in Rangsdorf um den Süden zu entlasten. Wenn der Wirtschaftsplan nicht beschlossen wird, können wir auch nicht an den Kläranlagen weiter bauen. Wir hoffen, dass wir 2027 die Baugenehmigung haben und es Fördermittel für Schmutzwasser ab 2027 geben wird. Die EU hat eine kommunale Abwasserrichtlinie beschlossen. Ortsteile ab 1000 Einwohner müssen dann erschlossen werden. Die Schmutzwasserentsorgung ist Pflicht. In Lindenbrück erschließen wir 100 Grundstücke und geben 3 Millionen Euro aus, da es in der Trinkwasserschutzzone 2 ist.

Herr Hille:

Die Stadt kann die 3,8 Mio. Euro abstottern. Ist das richtig? Wie lange will die Stadt abstottern? Der Zinssatz beträgt wie viel? Und das über 1 2 3 Jahre. Dann sind wir schon bei über 3,8 Mio. Euro.

Herr Krolik:

Was ist mit der Verzinsung? So weit sind wir noch nicht. Die Umlage ist noch nicht beschieden. Es liegt im Ermessen des KMS, wie hoch der Zinssatz sind. Je nachdem wie hoch der ist, entscheiden wir. Wir können überlegen, ob wir das sofort bedienen oder über den KMS finanzieren und dann noch Baumaßnahmen durchführen können.

Herr Hille:

Was passiert den Kommunen, wenn sie sagen, sie können nicht bezahlen?

Frau Nicolaus:

Sie müssen. Die Kommunen müssen in die Haushaltssicherung gehen und darüber die Umlage zahlen. Der Wirtschaftsplan ist noch nicht beschlossen. Das wird im Februar passieren. Wir waren 25 Jahre im Plus und nun ist es nicht mehr möglich.

Herr Hille:

Man schiebt die Umlage mehrere Jahre vor sich her. Warum konnte man nicht damals bei Zinsen von 0,1 % einen Kredit aufnehmen?

Frau Nicolaus:

Wir können keinen Kredit aufnehmen, weil was passieren könnte. Wir können nur Kredite für Investitionen nutzen. Wenn genug Cash da ist, bekommen wir keine Kredite. Wir können keine Kredite aufnehmen, weil in 5 Jahren eine Umlage kommt.

Herr Krolik:

Kredite sind zweckgebunden. Es ist nicht möglich bei uns. Warum zahlen wir überhaupt Zinsen auf Staatsebene? Auch die Dispokredite tun weh. Wir hätten damals gerne die Kredite aufgenommen.

Herr Hille:

Wie lange würde der KMS es zu lassen, dass sie dies abstottern?

Herr Krolik:

Wenn die Umlage beschlossen ist und wir den Stundungsantrag stellen und dann in den Dialog gehen, wie die Abzahlung beim KMS aussieht und vielleicht fallen keine Zinsen auf die 8 Mio. Euro an. Wenn wir im Januar das Geld bekommen, dann werden wir davon schon eine Summe nutzen. Auch wir sollten uns ein kleines Polster

schaffen. Wir wollen auch nicht in eine Haushaltssicherung rutschen. Es ist wie eine Privatinsolvenz.

Frau Heinrich:

Es ist seit 6 Monaten bekannt, dass das kommt. Es wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass die kommt. Ablehnen geht nicht. Es geht nicht ohne Trink- und Schmutzwasser. Was bedeutet das Abstottern für unseren Haushaltsplan? Was bedeutet das für unsere Kitas und Schulen?

Herr Krolik:

Als wir den Haushalt aufgestellt haben, war ihm das nicht bekannt. Es ist immer noch nicht beschieden, die Umlage ist nicht definiert. Der Haushalt wird aktuell geprüft und dann werden wir den Punkt mit in den Nachtragshaushalt aufnehmen.

Herr Krolik:

Es stand immer zur Diskussion, ob der KMS Kredite aufnehmen kann und es vielleicht zu keiner Umlage kommt. Dieser kann nun keine Kredite aufnehmen und deswegen kommt die Umlage. Unser Haushalt und der Jahresabschluss des Vorjahres mussten bis November fertig sein, deswegen war der Zeitplan so knapp.

Bürger:

Er produziert das Abwasser. Er wird in Neuhof nicht angeschlossen, weil er für den KMS unwirtschaftlich ist. Wenn wir angeschlossen werden, müssen wir Gebühren zahlen. Ihm ist egal, wie es in die Grube kommt.

Frau Nicolaus:

Uns ist es nicht egal. Die Fäkalien werden durch ein Unternehmen abgeholt. Sie brauchen alle Teile der Kläranlage. Andere Bürger beschwerten sich, dass die Anschlussbeiträge zahlen müssen. Von ihnen kann man keine Anschlussgebühren verlangen. Sie können dies gerne in den Kalkulationen ansehen. Es ist nicht gewinnorientiert.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Bürgermeisterin der Stadt Zossen, Wiebke Şahin-Connolly und Herrn Marko Njammasch, werden verpflichtet, dem Wirtschaftsplan 2025 des KMS vollumfänglich zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	1	0

10 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Njammasch schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:41 Uhr.

Marko Njammasch
Vorsitz

Carolin Peidelstein
Protokoll

